

Wahlen in Berlin in ihrer Freiheit nicht durch die Polizei und durch das Socialistengesetz beschränkt worden seien, während die Regierung, die Conservativen und das Centrum einmal in Abrede stellten, daß dem auf dem gesetzlichen Boden sich bewegenden Verhalten der Arbeiter überhaupt mit dem Socialistengesetz entgegen getreten werden könne, und sodann constatirten, daß die Arbeiterpartei sich während der communalen Wahlen vollständig in der Grenze berechtigter Bestrebungen gehalten und in ihrem Auftreten sich ebenso tactvoll wie die anderen Parteien benommen hätten. Die von der Fortschrittspartei erhobene Beschwerde ist für diese Partei außerordentlich charakteristisch: so lange ihr die Arbeiter nicht gefährlich sind, gehen sie mit pathetischen freihheitsstriefenden Redensarten für sie in's Zeug; in Berlin aber, wo sie überhaupt keinen Widerspruch vortragen können, wollen sie, daß den Arbeitern gegenüber mit einem Terrorismus verfahren werde, der mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in keiner Weise vereinbar ist.

Die betreffende Commission des Abgeordnetenhauses hat die Vorlage wegen weiteren Erwerbs von Privateisenbahnen genehmigt. Die Commission für die Verathung der Kreis- und Provinzialordnung von Hannover hat sich im Sinne der Regierungsvorlage gegen die Einführung des Instituts der Amtsvorsteher entschieden. Ferner ist aus dem Abgeordnetenhause zu erwähnen, daß der Gesamtvorstand des Hauses einen Antrag auf schnelle Förderung der Vorbereitungen zum Bau eines neuen Geschäftsgebäudes für das Abgeordnetenhause eingebracht und als Bauplatz das zur Zeit in Benutzung des Reichstags stehende Grundstück Leipzigerstraße 4 unter Hinzunahme eines Theils des Gartens des Herrenhauses vorgeschlagen hat.

Aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen wird berichtet, daß die Bestellung der Wintersaaten sich in Folge der Witterungsverhältnisse dieses Jahres zwar sehr in die Länge gezogen, in einzelnen ungünstigen Lagen sogar nicht vollständig zu Ende sich hat führen lassen, im Ganzen jedoch nach Eintritt der milden Temperatur im Herbst in zufriedenstellender Weise von Statten gegangen ist, und daß die meist kräftig eingegrünt Saaten einen guten, in einzelnen Kreisen sogar vortrefflichen Anblick gewähren. Die Zubereitung des Ackers für die Frühjahrbestellung, welche anfänglich hatte im Rückstand bleiben müssen, kann nunmehr mit Einschluß der sonstigen Feldarbeiten als beendet angesehen werden. Zur Vornahme von Meliorationen hat es in diesem Jahre freilich an Zeit gefehlt. Der Torf, das in einzelnen Theilen des Bezirks vorherrschende Heizmaterial auf dem platten Lande, hat zum großen Teil der durchweichten Moore halber noch nicht aus den Brüchen abgefahren werden können, und wird erst der Frost die Abfuhr gestatten.

In den Verhältnissen von Handel und Industrie des Gumbinner Bezirks sind in den letzten Monaten wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Durch die seit dem 1. August erfolgte russische Zollmaßregel, wonach gebrauchte Säcke, sobald sie über die russische Grenze zurückgeschickt werden, verzollt werden müssen, ist allerdings die Ueberführung des Getreides über die Grenze auf der Eisenbahn insofern verändert, als jetzt die Umladung des Getreides meist nicht mehr auf preussischem Boden, sondern schon auf russischem in der Weise erfolgt, daß das Getreide lose in dazu besonders eingerichtete Wagen geschüttet wird. In Preußen werden jedoch immer noch andere Artikel, wie Flach, Hanf, Lumpen, Kleie und Hölzer, in großem Umfange umgeladen. Außerdem sind während der letzten Monate insbesondere große und werthvolle Sendungen von Pferden aus dem südlichen Rußland eingeführt und bis zum Schweine-Einfuhr-Verbot monatlich ca. 8—9000 Stück Schweine eingebracht worden. Sodann hatte während der letzten Monate der Gänsehhandel größere Dimensionen angenommen, indem fast täglich in Preußen 1 bis 2, oft auch 3 Waggons mit Gänsen aus Rußland verladen wurden. Ferner gelangten Krebse aus den nächsten russischen Gouvernements in großen Mengen, oft bis zu 100 Körben auf einmal an, um von Preußen weiter nach Berlin befördert zu werden. Zu erwähnen ist endlich auch die Errichtung eines umfangreichen Depots für kaukasisches Petroleum in der Grenzstation Grajewo, von wo dasselbe in Säffern nach Deutschland eingeführt wird. — Exportirt wurden hauptsächlich für das südliche Rußland landwirthschaftliche Maschinen, Heringe und speziell für Warschau aus den masurischen Seen frische Fische, meistentheils in Eisverpackung. Im Binnenverkehr hat der Getreidehandel noch keinen rechten Aufschwung nehmen wollen. Die Getreidepreise sind verhältnißmäßig niedrig, dagegen die Viehpreise erheblich gestiegen, und es sind speciell in Folge des Verbots der Einfuhr von Schweinen sehr günstige Bedingungen für den Schweinehandel eingetreten. — Die industriellen Etablissements des Bezirks sind fortgesetzt im Gange. Namentlich haben die Ziegeleien und Holzschneidemühlen flott gearbeitet und die feste Aussicht, ihre angesammelten Vorräthe im Laufe des Winters preiswürdig zu verkaufen. Die Lage der arbeitenden Bevölkerung war befriedigend; an Verdienst hat es nirgends gefehlt und bei den Eisenbahnarbeiten sowie bei den Kasernenbauten wurden zum Theil außergewöhnlich hohe Löhne erzielt. Im Kreise So-

hannisburg hat sich sogar zeitweise ein Mangel an Arbeitern für die Landwirthschaft fühlbar gemacht.

## Parlaments-Bericht.

Das Abgeordnetenhause setzte am 11. die Verathung des Staatshaushaltsetats fort und erlebte zunächst eine Reihe von Spezialsetats ohne erhebliche Debatte. Es folgte dann der Justizetat, von dem mehrere Kapitel genehmigt wurden. Bei den Einnahmen theilte der Minister Dr. Friedberg mit, daß die Ministerien der Finanzen und der Justiz in Unterhandlung getreten sind zur Erörterung der vom Abgeordnetenhause in der vorigen Session angeregten Frage, ob die Gerichtskosten der Gerichten wieder zurückgegeben sei. Der König habe seine Genehmigung zu der sehr erheblichen Minderung in der Organisation der Behörden ertheilt und man sei in den Ressorts jetzt damit beschäftigt, die Details der Organisation festzustellen. Ohne erhebliche Geldopfer sei aber die Rückgestaltung der Organisation nicht zu bewerkstelligen, jedoch geschähe dieselbe ja auf Wunsch des Hauses. Bei den Ausgaben wurde vom Abgeordneten Martinius zunächst die Frage der Höhe der Gerichtskosten neu angeregt. Er sei selbst Rechtsanwalt, müsse aber gestehen, daß nicht bloß die Gerichtskosten, sondern auch die Anwaltsgebühren eine erhebliche Herabminderung ertragen würden. Der Demoralisation durch Verleihung des Armenrechts müsse entgegengewirkt werden. Auch wäre eine Beschränkung der freien Advocatur der Bevölkerungszahl entsprechend zu empfehlen, eine Maßregel, welcher der Abgeordnete Dr. Windthorst lebhaft widersprach. Im weiteren Verlauf der Debatte führte Abgeordneter Bachem Beschwerde über die häufigen Verletzungen der Justizbeamten und der Abgeordnete v. Jazdzewski erhob gegen die Justizverwaltung den Vorwurf, daß sie die Richter polnischer Nationalität bei Beförderungen übergehe und auch Schwierigkeiten mache, polnischen Anwälten das Notariat zu verleihen. Der Minister Dr. Friedberg erwiderte, daß er von einem prinzipiellen Gegensatz gegen die Anstellung von Juristen aus den Eingeborenen des Großherzogthums Posen weit entfernt sei, es müsse aber bei der Anstellung darauf gesehen werden, ob der Anzustellende an der betreffenden Stelle auch den Aufgaben der Provinz genüge. Was die Ertheilung des Notariats betreffe, so werde damit in der ganzen Monarchie knapp vorgegangen, um die Gefahren, welche mit der freien Advocatur verbunden seien, zu verringern. Wenn, wie es vorgekommen, ein polnischer Rechtsanwalt sich um ein Notariat beworben, der kurz vorher bei einer Gerichtsverhandlung die Revolution glorifizirt habe, so könne Niemand die Bewilligung seines Gesuchs erwarten. Auf eine Frage, ob der Minister die Absicht habe, die Advocatur von dem Notariat zu trennen, erwiderte derselbe, daß er solches in der Zeitung gelesen, aber selber von dieser seiner angeblichen Absicht nichts wisse. — Bei der Position „Gelehrter der vortragenden Räte“ bemängelt Abgeordneter Lauenstein, daß die Remuneration, welche der Präsident der Justizprüfungskommission bezieht, zu hoch gegriffen sei. Der Minister bittet an dieser Position nichts zu ändern, weil bei der ungeheuren Last der Arbeit, welche auf dem betreffenden Beamten ruhe, sonst gar keiner mehr sich bereit finden werde, das Amt zu übernehmen. — Gegen Schluß der Sitzung kritisirte der Abg. Munkel noch das neue Reglement für Rechtskandidaten, welches vor den juristischen Studien warne, aber erst wenn der Betreffende das Examen bestanden habe, zur Wirkung komme. Das Reglement verlange den überzeugenden Nachweis eines Vermögens für fünfjähriges standesgemäßes Auskommen; aber auch dann könne noch der Oberlandesgerichtspräsident aus bestimmten Gründen entscheiden, daß der Bewerber der Zulassung zum höheren Justizdienst nicht würdig sei. Damit würden der Willkür Thür und Thor geöffnet. Der Minister erwiderte, daß er zum Erlaß des Regulativs durch das Gesetz über die Anstellung der Richter und Staatsanwälte ermächtigt sei. Die Bestimmung über den Substanznachweis sei nothwendig in Folge des Andrangs zum Justizdienst mit besonderer Rücksicht auf die freie Advocatur. Mit der Bestimmung über die Würdigkeit sei keinerlei politische Absicht verbunden; es komme nur darauf an, von vornherein Personen von einem Stande abzuhalten, die nicht die Ueberzeugung gewähren, daß sie dem Stande Ehre machen werden. Die Verfügung werde hoffentlich der ganzen Rechtspflege zu Gute kommen. Abg. Hänel bestritt die Rechtsgiltigkeit der Verfügung und Abg. Dr. Windthorst brachte den Antrag ein, den Minister zu ersuchen, das Regulativ zurückzuziehen, welcher Antrag der Justizkommission überwiesen wurde.

Am 12. kam zunächst der Antrag der Abgg. Dr. Straßmann und Zelle, betreffend die Abänderung der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen von 1853, zur Verhandlung. Der Antrag geht darauf hinaus, dem Absatz 3 des § 21, wonach alle Ergänzungs- oder Ersatzwahlen von denselben Abtheilungen und Wahlbezirken vorzunehmen sind, von denen der Ausgeschiedene gewählt war, einen Zusatz zu geben, daß wenn wegen großer Ungleichheit der Wählerzahl in den Wahlbezirken derselben Abtheilung eine neue Wahlbezirkseinteilung von der Gemeinde-